

Leben ist alternativlos

Position zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der Förderung der Selbsttötung und den dazu vorliegenden Gesetzentwürfen zur Regelung der Suizidhilfe

Gesetzentwürfen zur Suizidhilfe (§ 217 Strafgesetzbuch) sollte eine breit angelegte Debatte darüber vorausgehen, wie wir uns als Gesellschaft zu Beihilfe zur Selbsttötung stellen.

Das im Februar 2020 verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, welches das im Dezember 2015 eingeführte Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung für verfassungswidrig und den § 217 Strafgesetzbuch für nichtig erklärt, erleichtert Missbrauch.

Gesetzlich geregelte Hilfe zum Sterben gibt Dritten die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, was lebenswert ist und danach zu handeln. Die Unterzeichnenden dieser Stellungnahme lehnen Suizidhilfe per Gesetz ab. Stattdessen fordern sie den Gesetzgeber auf, das Lebensrecht jedes Menschen zu schützen und Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG, sowie seine Würde, Art. 1 Abs. 1 Satz 1 GG, nicht zu unterlaufen.

Begründung: Das Leben ist das Wertvollste, was ein Mensch besitzt. Es wird ihm nur einmal gegeben. Der Mensch lebt mit all seinen Hoffnungen und Sehnsüchten, erstrebt Ziele und will seinem Leben einen Sinn geben – bis zum letzten Atemzug. Unser humanistisches Menschenbild gebietet uns deshalb, alle Verantwortung auf das Leben, auf die Pflicht zur Bewahrung des Lebens zu richten – unabhängig von ethnischer Herkunft, sozialer Stellung, körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Alter. Das von Albert Schweitzer geprägte Wort von der „Ehrfurcht vor dem Leben“, sein Prinzip, „Leben erhalten, Leben fördern, entwickelbares Leben auf seinen höchsten Wert bringen“, ist uns Verpflichtung. Wir widersprechen der Auffassung, Verzweiflung lasse keinen anderen Ausweg als den Tod zu. Der Tod ist unwiderruflich. Nur der Lebende kann Auswege aus existentiellen Notsituationen zulassen. Seine Schmerzen können gelindert, psychische Qualen in mitfühlender Zugewandtheit verringert und gesellschaftliche Missstände angegangen werden.

Bestrebungen, in extremen Lebenssituationen den Tod über das Leben zu stellen, widersprechen unserem humanistischen Menschenbild. Was sagt es über eine Gesellschaft aus, in der Menschen aufgrund von Obdachlosigkeit, einer zugrunde gerichteten Existenz oder eines politisch geduldeten Pflegenotstandes in Krankenhäusern und Pflegeheimen vorzeitig sterben? In der das Leben von Menschen mit Behinderungen im Bewusstsein vieler schon jetzt oft als unwert wahrgenommen wird? In einer reichen Gesellschaft, die es nicht schafft, Menschen ein menschenwürdiges Leben zuteilwerden zu lassen und dabei ist, Sterbehilfe als Pseudo-Humanität und Selbstbestimmung zu kultivieren? In einer Gesellschaft, in der Menschen aus Einsamkeit, finanzieller Not oder der Befürchtung, anderen zur Last zu fallen, den Tod als einzigen Ausweg sehen? In dieser Gesellschaft, in der zunehmend Nützlichkeitsgesichtspunkte den „Lebenswert“ eines Individuums bestimmen, sind die Wände zwischen Euthanasie und Humanität dünn und niemand weiß, wie lange sie stehen.

Die Unterzeichnenden treten ein für ein Medizinsystem, in dem Mediziner – auch bei geringer Perspektive zum Weiterleben – Lebenshelfer bei bestmöglicher medizinischer Versorgung bleiben. Sie treten für eine Gesellschaft ein, in der Euthanasie nie wieder möglich sein wird.

Assistierter Suizid sowie dessen geschäftsmäßige Förderung müssen verfassungsrechtlich verboten sein.

Unterzeichnende: Udo K. Bauer, Mitglied der ökologischen Plattform DIE LINKE., Vorsitzender des gemeinnützigen Vereins zur Förderung der Philosophie E. Blochs e. V.; Sonja Bay, Mitglied im Bundessprecher*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE.; Helmut Born, KV Düsseldorf, Ratsmitglied DIE LINKE.; Ellen Brombacher Sprecherin der BAG Kommunistische Plattform DIE LINKE.; Doris Dörnbofer, Sprecherin der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in Bayern DIE LINKE.; Helga Ebel, Mitglied in der Ethik-AG DIE LINKE., Mitglied im „Arbeitsbündnis Kein assistierter Suizid“; Dr. med. Christiane Fischer, Mitglied Ethik-AG, Mitglied des Deutschen Ethikrates 2012 – 2020; Tim Fürup, Mitglied im Bundessprecher*innenrat der Antikapitalistischen Linken; Margit Glasow, Inklusionsbeauftragte, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE.; Thies Gleis, Bundessprecher der AKL DIE LINKE.; Florian Grams, Historiker, Mitglied in der Ethik-AG DIE LINKE.; Ulrike Haase, Mitglied im Bundessprecher*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE.; Chris Hennes DIE LINKE.; Inge Höger Bundessprecherin der AKL DIE LINKE.; Birger Höhn Landesinklusionsbeauftragter Sachsen; Fabian Kittel, Sprecher der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in Bayern DIE LINKE.; Rolf Kohn, DIE LINKE., Recklinghausen; Utz Mörbke, Mitglied im Bundessprecher*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE.; Sören Pellmann, Sprecher für Inklusion und Teilhabe der Linksfraktion im Bundestag; Kristina Schulz, Mitglied im Bundessprecher*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE.; Ilja Seifert, Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE., Ehrenvorsitzender Allgemeiner Behindertenverband Deutschland; Cornelia Stolze, Dipl.-Biol.; Michelle Storch, Mitglied im Sprecher*innenrat der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik in M-V; Waltraud Tegge, Sprecherin der Kommunistischen Plattform in Mecklenburg-Vorpommern DIE LINKE.; Jörg Volacek, Höxter; Jörn Weichbold, Kreisrat DIE LINKE. Fürstenfeldbruck; Julia Wolter, Mitglied im Bundessprecher*innenrat der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik DIE LINKE.; Dipl.-Päd. Manfred Wolter, Mitglied im Stadtrat Betzdorf für DIE LINKE.